

**Antrag
zur Verpflichtungserklärung nach §68 Aufenthaltsgesetz**

(bitte deutlich lesbar in Druckbuchstaben ausfüllen)

Ich, der/die Unterzeichnende

Name: _____

Vorname: _____

Geburtsdatum, - ort: _____

Staatsangehörigkeit: _____

Identitätsdokument/Aufenthaltstitel: _____

Anschrift: _____

Beruf: _____

Arbeitgeber: _____

Zahl der Familienangehörigen, denen der Verpflichtungserklärende zum Unterhalt verpflichtet ist: _____

verpflichte mich gegenüber der Ausländerbehörde/Auslandsvertretung für

Name: _____

Vorname: _____

Geburtsdatum, -ort: _____

Staatsangehörigkeit: _____

Reisepass-Nr.: _____

Anschrift: _____

Verwandtschaftsbeziehung mit dem Antragsteller: _____

und folgende sie/ihn begleitende Person/en:

Ehegatte: _____ geb. am: _____

Kinder: _____ geb. am: _____

_____ geb. am: _____

Einreisezeitpunkt: _____

nach §68 des Aufenthaltsgesetzes die Kosten für den Lebensunterhalt und nach §§66 und 67 des Aufenthaltsgesetzes die Kosten für die Ausreise zu tragen.

Anschrift der Wohnung, in der die Unterkunft sichergestellt wird, **falls abweichend vom gewöhnlichen Wohnsitz des Unterkunftgebers:**

(PLZ, Ort, Straße)

Die Verpflichtungserklärung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt einschließlich der Versorgung mit Wohnraum und der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden (z. B. Arztbesuch, Medikamente, Krankenhausaufenthalt). Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragleistung beruhen. Die vorliegende Verpflichtung umfasst auch die Ausreisekosten (z.B. Flugticket) nach §§66 und 67 des Ausländergesetzes.

Ich wurde von der Ausländerbehörde der Stadt Kehl auf folgendes hingewiesen:

- den Umfang und die Dauer der Haftung,
- die Möglichkeit von Versicherungsschutz,
- die zwangsweise Beitreibung der aufgewendeten Kosten im Wege der Vollstreckung soweit ich meiner Verpflichtung nicht nachkomme,
- die Strafbarkeit z. B. bei vorsätzlich unrichtigen oder unvollständigen Angaben (§95 des Ausländergesetzes- Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe)

Ich bestätige, zu dieser Verpflichtungserklärung aufgrund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein.

**Das Merkblatt zur Verpflichtungserklärung wurde mir ausgehändigt.
Den Inhalt habe ich zur Kenntnis genommen und verstanden.**

(Ort, Datum und Unterschrift)